Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 1773

der Abgeordneten Christine Wernicke (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/4920

Speichervoraussetzungen von Gärresten aus der Biogaserzeugung

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Fragestellerin: Die Thematik der nachhaltigen Energieerzeugung und Nutzung nachwachsender Rohstoffe ist hoch aktuell. Die Erzeugung von Biogas durch Fermentierung organischer Substrate gewinnt auch in Brandenburg zunehmend an Bedeutung. Rund 8 % des Stromes aus erneuerbaren Energien entstammen diesem Sektor bereits.

Seit 1. Januar 2020 regelt die Düngeverordnung (DüV) die Ausbringung und Lagerung der bei der Energieerzeugung anfallenden Gärreste neu.

Gemäß § 12 DüV haben Betriebe, die flüssigen Wirtschaftsdünger wie Jauche und Gülle oder Gärrückstände aus dem Betrieb einer Biogasanlage erzeugen, die als Düngemittel angewendet werden sollen, sicherzustellen, dass sie mindestens die in einem Zeitraum von sechs Monaten anfallenden flüssigen Wirtschaftsdünger oder Gärrückstände sicher lagern können.

Betriebe, die solche Wirtschaftsdünger oder Gärrückstände erzeugen und über keine eigenen Aufbringungsflächen verfügen, haben ab 1. Januar 2020 sicherzustellen, dass sie die mindestens in einem Zeitraum von neun Monaten anfallenden flüssigen Wirtschaftsdünger oder Gärrückstände sicher lagern können, wenn sie diese im Betrieb verwenden oder an andere zu Düngerzwecken abgeben.

Soweit der Betrieb, in dem die genannten Stoffe anfallen, nicht selbst über die erforderlichen Anlagen zur Lagerung verfügt, hat der Betriebsinhaber durch schriftliche vertragliche Vereinbarung mit einem Dritten sicherzustellen, dass die das betriebliche Fassungsvermögen übersteigende Menge dieser Stoffe überbetrieblich gelagert oder verwertet wird.

1. Wie viele Biogasbetriebe befinden sich derzeit im Land Brandenburg? Wie viele Biogasanlagen bzw. Ausbringungsflächen werden davon für flächenlose Biogasanlagen benötigt?

zu Frage 1: Derzeit gibt es im Land Brandenburg 280 Betriebe mit immissionsschutzrechtlich genehmigten Biogasanlagen. Dazu kommen von den zuständigen Landkreisen und kreisfreien Städten baurechtlich genehmigte Biogasanlagen, deren Anzahl der Landesregierung nicht bekannt ist.

Eingegangen: 11.02.2022 / Ausgegeben: 16.02.2022

Eine Statistik zur Anzahl flächenloser Biogasanlagen und der dafür benötigten Ausbringungsflächen liegt der Landesregierung nicht vor.

2. Wie viele Tonnen Gärsubstrat werden jährlich durch Biogasanlagen in Brandenburg produziert?

zu Frage 2: Daten zur anfallenden Menge von Gärsubstrat liegen nicht in einheitlicher Form vor, weil sie kein unmittelbarer Gegenstand der Genehmigung sind. Die Ermittlung der Gesamtmenge beruht daher auf dokumentierten Mengenangaben, Umrechnungen und Schätzungen, sie beträgt demnach ca. 5,5 Mio. Tonnen.

3. Wie werden die Gärrückstände in Brandenburg hauptsächlich verwertet?

zu Frage 3: Die Gärrückstände werden in Brandenburg hauptsächlich zu Düngezwecken in der Landwirtschaft verwendet.

4. Sind Gärreste aus der Vergärung von nachwachsenden Rohstoffen Düngemittel oder werden Gärreste aus NawaRo-Anlagen als Abfall eingestuft, auch wenn die Gärreste in der Landwirtschaft verwertet werden?

zu Frage 4: Als NawaRo-Anlagen werden Biogasanlagen bezeichnet, in denen Energiepflanzen (nachwachsende Rohstoffe), Wirtschaftsdünger aus tierischen Ausscheidungen und/oder Reststoffe aus dem landwirtschaftlichen Betrieb (z. B. Futterreste, Erntereste, Stroh) als Einsatzstoffe genutzt werden. Werden die Gärreste von NawaRo-Anlagen auf landwirtschaftlichen Flächen zu Düngezwecken ausgebracht, gelten sie als Düngemittel.

5. Warum werden durch Abnahmeverträge festgelegte überbetriebliche Aufbringungsflächen nicht als Lagerkapazität eines Biogasbetriebes anerkannt, der selbst über keine Aufbringungsflächen verfügt, insbesondere, wenn sich die Ausbringungsverträge auf konkrete Ausbringungsflächen bei Dritten beziehen?

zu Frage 5: Die Regelung des § 12 Absatz 3 Düngeverordnung (DüV) gilt seit 2017. Danach haben Betriebe, die über keine eigenen Ausbringungsflächen verfügen, seit dem 1. Januar 2020 eine Mindestlagerkapazität von neun Monaten sicher zu stellen.

Als „eigene Aufbringungsflächen“ im Sinne des § 12 Absatz 3 gelten sowohl die im Eigentum des jeweiligen Betriebes befindlichen Flächen, als auch solche, die der Betrieb gepachtet hat oder in anderer, rechtlich zulässiger Weise bewirtschaftet. Entscheidend ist, dass es sich um Flächen handelt, die sich in der Verfügungsgewalt des Betriebes befinden und für die er zur Bewirtschaftung befugt ist. Damit ist schon vom Wortlaut der Vorschrift her ausgeschlossen, dass die Abnahmeverträge flächenloser Betriebe, die diese für die Aufbringung ihrer Gärrückstände auf den Flächen anderer Betrieben schließen, zu einer „Anrechnung“ dieser fremden Aufbringungsflächen bei den flächenlosen Betrieben führen.

6. Wie viel Hektar Aufbringungsflächen muss ein Biogasbetrieb, der flüssige Wirtschaftsdünger wie Jauche oder Gülle oder Gärrückstände erzeugt, mindestens besitzen, um gemäß § 12 Abs. 2 Satz 1 DüV sicherzustellen, dass er mindestens für einen Zeitraum von sechs Monaten anfallende Wirtschaftsdünger oder Gärrückstände sicher lagern kann?

zu Frage 6: Im § 12 der DüV wird das Fassungsvermögen von Anlagen zur Lagerung von Wirtschaftsdüngern und Gärrückständen aus dem Betrieb einer Biogasanlage, die als Düngemittel angewendet werden sollen, geregelt. Die Kapazität der Anlagen muss so großzügig bemessen sein, dass die Sperrfristen nach DüV überbrückt werden und auch in zeitlichen Engpässen, z. B. infolge besonderer Witterungsereignisse, eine sichere Lagerung der Stoffe möglich ist.

Für die Berechnung der „möglichen Aufbringfläche“ sind die Anforderungen der guten fachlichen Praxis bei der Düngung entsprechend der DüV zu beachten, eine Ableitung aus den Anforderungen des § 12 DüV ist nicht möglich. Die erforderliche Fläche ist abhängig vom Stickstoffanfall in der Biogasanlage.

7. Wie begründet die Landesregierung die Differenz zwischen den Lagerungsanforderungen an Biogasbetriebe, welche im Besitz eigener Aufbringungsflächen sind (laut §12 Abs. 2 DüV „[...] haben Betriebe, die [...] Gärrückstände [...] erzeugen, sicherzustellen, dass sie mindestens die in einem Zeitraum von **sechs Monaten** anfallenden flüssigen Wirtschaftsdünger oder Gärrückstände sicher lagern können“) und solche ohne eigene Flächen (§12 Abs. 3 „[...] dass sie mindestens die in einem Zeitraum von **neun Monaten** anfallenden flüssigen Wirtschaftsdünger oder Gärrückstände sicher lagern können, wenn sie diese im Betrieb verwenden oder an andere zu Düngezwecken abgeben“)?

zu Frage 7: Die Regelungen des § 12 DüV wurden bereits 2017 vom Bundesgesetzgeber eingeführt. Wirtschaftsdünger und Gärrückstände aus dem Betrieb einer Biogasanlage sollen nur zu pflanzenbaulich sinnvollen und für den Gewässerschutz verträglichen Zeiten sachgerecht ausgebracht und verwertet werden. Bei der Novellierung der DüV im Jahr 2020 erfolgte keine Änderung im § 12 Absatz 3. Daher ist davon auszugehen, dass es Wille des Gesetzgebers ist, dass für Biogasanlagen, die über keine eigenen Ausbringungsflächen verfügen, seit dem 1. Januar 2020 eine Mindestlagerkapazität von neun Monaten sicher zu stellen ist.

- a) Können die Anforderungen an die vorzuhaltende Lagerungskapazität flächenloser Biogasbetriebe bis auf sechs Monate reduziert werden, wenn diese über überbetriebliche Abnahmeverträge zu Düngezwecken verfügen?

zu Frage 7a): Nein.

- b) Können die Anforderungen an die vorzuhaltende Lagerungskapazität von Biogasbetrieben, welche über eigene Ausbringungsflächen verfügen auf neun Monate erhöht werden, wenn der Biogasbetrieb den Einsatz der Gärrückstände zu Düngezwecken vorsieht?

zu Frage 7 b): Gemäß § 12 Absatz 1 DüV muss das Fassungsvermögen von Anlagen zur Lagerung von Wirtschaftsdüngern und Gärrückständen aus dem Betrieb einer Biogasanlage, die als Düngemittel angewendet werden sollen, auf die Belange des jeweiligen Betriebes und des Gewässerschutzes abgestimmt sein. § 12 Absatz 2 DüV regelt die Mindestlagerkapazität von sechs Monaten. Möglich ist, dass diese im Einzelfall nicht ausreichend ist, um die Anforderungen des § 12 Absatz 1 zu erfüllen. Ein Beispiel dafür ist, wenn Niederschlagswasser von Hofflächen in Gärrestbehältern mit aufgenommen wird.

8. Welches Lagerpotenzial in Gärrest- und Güllebehältern steht dem Bedarf entgegen und ist das zusätzliche Lagererfordernis ohne Anerkennung von Ausbringungsverträgen überhaupt möglich?

zu Frage 8: Dazu liegen der Landesregierung keine Angaben vor. Die Vorgaben des § 12 DüV sind rechtlich verbindlich.

9. Ist es zutreffend, dass flächenlose Biogasanlagen Ackerflächen anpachten müssten/könnten, um ihre zusätzlichen Lagererfordernisse zu erfüllen und ist nach Ansicht der Landesregierung eine Anpachtung von landwirtschaftlichen Flächen durch flächenlose Biogasanlagen wünschenswert?

zu Frage 9: siehe Antwort zu Frage 5.